

## Der Neuaufbau Oesterreichs.

Die Neugestaltung Oesterreichs soll nach dem kaiserlichen Manifest jedem nationalen Einzelstaat seine Selbständigkeit gewährleisten; sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksamer schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Oesterreich soll, wie es weiter in dem Manifest heißt, ein Bundesstaat werden. In diesen wenigen Worten ist ein ungeheures politisches und wirtschaftliches Programm gelegen, dessen Verwirklichung fast unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen wird. An dieser Stelle wollen wir uns nicht mit der politischen Seite der Frage befassen, sondern lediglich auf einige wenige wirtschaftliche Fragen hinweisen, die sich bei den Verhandlungen über die Bundesverfassung sofort zwingend aufdrängen.

Wohl eine der größten Schwierigkeiten, die sich bei der Lösung aller wirtschaftlichen Fragen entgegenstellen wird, ist die Tatsache, daß einer der künftigen Bundesstaaten, Ostgalizien und die Bukowina, von allen anderen getrennt sein, und zwar durch Ungarn, das ja nur mehr in der Personalunion mit Oesterreich verbunden sein wird, und durch Galizien, das einem fremden Staate angehören wird. Wenn also in Zukunft das Verhältnis zu Ungarn nur das einer reinen Personalunion bleiben sollte, so wäre es kaum abzusehen, in welcher Weise die räumliche Trennung zwischen Ostgalizien und der Bukowina und den anderen künftigen Bundesstaaten überwunden werden könnte. Aber auch sonst sind die Siedlungs- und Schichtungsverhältnisse in den einzelnen Ländern derart mannigfaltig, daß keine der bestehenden Bundesverfassungen Europas oder anderer Weltteile übernommen werden könnte.

Die wichtigste Voraussetzung des wirtschaftlichen Zusammenlebens der Bundesstaaten ist naturgemäß die gemeinsame Währung, ohne die die Befriedigung der gemeinsamen Lebensbedürfnisse einfach undenkbar ist. Zur Befriedigung dieser Bedürfnisse der Gemeinschaft bedarf es aber auch der Mittel, die durch Steuern aufgebracht werden müssen. Unbeschadet der Steuerhoheit der einzelnen Staaten, müßten daher Bundessteuern eingeführt werden, die auf die einzelnen Staaten nach ihrer Leistungsfähigkeit aufzuteilen wären. Nach dem Muster anderer Bundesstaaten müßten einzelne Steuern dem Bund reserviert werden, die sodann als Einnahmequellen für einzelne Mitglieder des Bundes entfielen. Die Steuerhoheit könnte den Staaten verbleiben. Gleich wichtig ist die Frage der Zölle. Die Aufhebung von Zollgrenzen zwischen den einzelnen Staaten würde geradezu eine mittelalterliche Kleinstaaterei herbeiführen und einen Warenverkehr zwischen zwei räumlich getrennten Bundesstaaten vollständig unmöglich machen. Welche Konsequenzen ein solcher Zustand für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und Entwicklung der einzelnen Staaten hätte, ist nicht schwer zu erkennen. Um überhaupt die Konkurrenz mit den wirtschaftlich fortgeschrittenen Staaten Europas bestehen zu können, müßte das gemeinsame Zollgebiet sich nicht auf die künftigen Bundesstaaten beschränken, sondern müßte Ungarn und vielleicht auch Polen umfassen.

Ebenso wichtig ist die Regelung der Eisenbahnfragen. Was durch eine richtige Lösung der Zollfrage antgemacht werden würde, könnte andererseits durch eine verfehlte Eisenbahnpolitik wieder verdorben werden. Neben einer notwendigen einheitlichen zentralisierten Eisenbahnerelative wäre eine Einschränkung der Tarifhoheit der einzelnen Staaten zugunsten des Bundes unumgänglich notwendig. Wenn jeder Einzelstaat seine eigene Tarifpolitik betreiben könnte, so wären alle Zollbindungen vergeblich, da es in der Macht eines jeden Staates gelegen wäre, die durch Zölle geschützte Konkurrenzfähigkeit durch entsprechende Tarifierstellungen im Eisenbahnwesen wieder aufzuheben. Bei der Lösung der Eisenbahnfragen wird im übrigen die Sprachenfrage Schwierigkeiten bieten, die die schon bisher bestandenen weitestgehend überwinden werden.

Vor den Verhandlungen über alle Fragen, die das künftige Bundesverhältnis betreffen, müßte, und zwar sofort, für die Uebergangszeit die Ernährungsfrage geregelt werden. Es wäre ein vollständig unhaltbarer Zustand, der jede ernste Verhandlung über die Bundesverfassung ausfälligen würde, wenn die industriellen Länder durch Unterbindung der Lebensmittelzufuhr aus den überwiegend agrarischen Gebieten dem Hunger preisgegeben würden. Die staatliche Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel muß in ihrer jetzigen Form unbedingt solange aufrechterhalten werden, bis die neue Verfassung rechtlich in Kraft tritt.

## Handelskammerpräsident v. Schoeller über die Neuorientierung.

Die gestrige erste Plenarsitzung der niederösterreichischen Handelskammer eröffnete Präsident Seheimer Rat Ritter v. Schoeller mit folgender Ansprache:

Der Augenblick, in dem ich unsere erste Herbstsitzung in diesem Jahre eröffne, ist, wie Sie es ja wissen, von ungeheurer Bedeutung für dieses Reich, in dem wir bisher gelebt und dem wir alle unsere Kräfte gewidmet haben. Das Ende des Blutvergießens auf den Schlachtfeldern steht nahe bevor und mit ihm eine neue Ordnung aller Verhältnisse in Europa, ja auf der Welt. Auch das Leben der in der Monarchie wohnenden Völker und ihr Verhältnis zueinander soll ganz neu geregelt werden, und eben in diesen Stunden wird durch ein kaiserliches Manifest der Versuch gemacht, dieser Regelung die Wege zu weisen. Bei der Neuheit des Ereignisses und bei der Unentschiedenheit aller Fragen, die mit den Friedensverhandlungen

nen im Zusammenhang stehen, glaube ich es unterlassen zu sollen, jetzt zu dieser neuesten Wendung der Dinge in Oesterreich Stellung zu nehmen. In einem aber glaube ich mich eines Sinnes mit Ihnen allen zu wissen: Das Selbstbestimmungsrecht, das von der Regierung als Richtschnur für die Völker dieses alten Staatswesens verkündet wurde, muß und wird auch von dem deutschen Volk in Oesterreich als maßgebendes Grundgesetz seines Handelns betrachtet werden. Wir müssen in dieser schweren Zeit alles daransetzen, daß von diesem Rechte die Deutschen den besten Gebrauch machen, was nur dann möglich sein wird, wenn sie einig und geschlossen vorrücken. Auch wir, die Vertreter der Wirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, werden dabei in den Reihen unseres Volkes zu finden sein und werden daher alle unsere Schritte nur im Einvernehmen mit den politischen Vertretern des deutschen Volkes tun, mit denen wir ehestens Fühlung nehmen wollen.